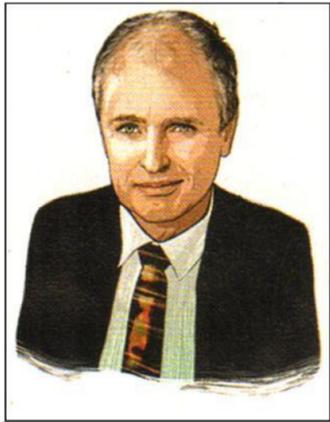


# Der Überwachungsstaat wuchert

Von Hansrudolf Kamer Ein Whistleblower hat die überbordende Daten-Akkumulation der NSA enthüllt, die jeden Rest von Privatsphäre zerstört. Terrorabwehr als Motiv überzeugt kaum mehr.



Langsam verbreitet sich orwellscher Zweifel. Das Informationszeitalter zerstört schrittweise jede Privatsphäre, und die nominell der Freiheit verpflichteten Regierungen tun wenig, um diese Entwicklung zu

stoppen. Der Überwachungsstaat dringt vor: auf vielen Pfaden, offenbar unaufhaltsam.

«Ich kann nicht zulassen, dass die amerikanische Regierung die Privatsphäre, die Freiheit im Internet und die grundlegenden Freiheiten für alle auf der Welt zerstört mit dieser gigantischen Überwachungsmaschine, die sie im Geheimen aufbaut.» Das sind die Worte des letzten Whistleblowers.

Ob Idealist, enttäuschter Egomane oder verwirrter Geist, Edward Snowden passt nicht ins Schema. Der Highschool-Aussteiger, Computerspezialist, Ex-CIA-Mann, Mitarbeiter von Booz Allen Hamilton mit einem Auftrag für die Abhorch- und Datensammelagentur National Security Agency (NSA) hatte Zugang zu Daten von sehr hoher Geheimhaltungsstufe.

Es ist kein Zufall, dass Snowden erste Zweifel bekam, als er in Genf entdeckte, mit welchen Methoden die CIA einen Banker dazu brachte, geheime finanzielle Daten preiszugeben. Snowden behauptet unumwunden, die NSA habe eine Infrastruktur aufgebaut, die ihr erlaube, fast alles abzufangen. Er ist nicht allein. Der Technikchef der CIA wird zitiert mit der Aussage, man sei praktisch so weit, dass man jede von Menschen generierte Information sammeln und auswerten könne.

Bald zwölf Jahre sind vergangen seit 9/11, den grossen Terrorattacken in New York und Washington. Es war der Anfang einer neuen und intensiven Welle der physischen, aber auch elektronischen Überwachung im Zeichen der Sicherheit. Seither ist ein vergleichbarer kriegsähnlicher Anschlag vermieden worden.

Doch andere Täter wie jene von Boston oder der islamistische Amokläufer in Fort Hood schlüpfen durch die Maschen. Muss man nun geradezu hoffen, dass die Kontrolle doch nicht lückenlos funktioniert?

Der Vorgänger von Präsident Obama, George W. Bush, hatte den Schutz vor Anschlägen als Krieg gegen den Terrorismus deklariert. Klar

war seit Beginn, dass dies den Amerikanern ein ungewohntes Überwachungssystem zur Terrorabwehr aufzwang, das durch eine Ausnahmesituation begründet war. Diese hat ein Verfallsdatum, auch wenn Umfragen anzeigen, dass die Begründung der Freiheitseinschränkung noch immer Mehrheiten findet.

## Obamas allumfassende Beschnüffelung

Bei Obama kommt dazu, dass er seit seiner Wiederwahl viel Vertrauen verspielt hat — die Bengasi-Affäre, das politisierte Vorgehen der Steuerbehörde IRS und die Beschattung von Journalisten. Letzte Woche erst erklärte Justizminister Holder in einem Hearing auf die direkte Frage, ob er denn auch Kongressabgeordnete unter die Lupe nehme, dass dies nicht der richtige Ort sei, um über diese Frage zu diskutieren. Ein klares Nein wäre beruhigender gewesen.

Unter Obama, dem Anti-Bush, bleibt Guantánamo in Betrieb, wird der Drohnenkrieg ausgeweitet und ein grossangelegtes Informatikzentrum der NSA in Utah gebaut. Die jüngste Enthüllung über die allumfassende Beschnüffelung des Telefon- und Internetverkehrs lässt ihn alt aussehen. Er ist, genau genommen, schlimmer als das linksliberale Zerrbild von Bush/Cheney.

Unter jedem Präsidenten seit dem Zweiten Weltkrieg ist die Bürokratie gewachsen. Sie ist

unüberblickbar, nicht zu managen, oft Hort der Willkür und der Inkompetenz. Geheimhaltung ist ein Fetisch geworden. Die Dienste und Agenturen schlängeln sich durch das Labyrinth der *checks and balances*. In der Regel lassen sich die Überwacher der Überwacher ins System einspannen. Das Ganze hat internationale Dimensionen. Obama versuchte letzte Woche abzuwiegeln. Das Datensammeln betreffe keine amerikanischen Bürger und auch nicht Personen, die in den USA lebten.

Das Ausland ist nun gar nicht beruhigt. Dass der Iran und Pakistan besonders im Fokus stehen, überrascht nicht. Doch von den europäischen Staaten weist Deutschland das grösste gesammelte Datenvolumen auf. Was unter wahlkämpferischen deutschen Politikern bereits den Ruf erschallen liess, Bundeskanzlerin Merkel müsse bei Obama auf den Schutz deutscher Bürger vor Bespitzelung drängen.

Drängen kann sie, doch ein Erfolg wird ausbleiben, und das weiss die Kanzlerin. Die Staaten betreiben seit je Auslandsspionage. Den klassischen Spion («humint») gibt es noch, doch die Technik («sigint») dominiert. Auch unter Verbündeten wird das zweitälteste Gewerbe praktiziert. Es wirkt deshalb scheinheilig, wenn hier mit der höchsten Empörungsstufe hantiert wird.

Snowden brachte es gegenüber dem *Guardian* auf den Punkt. Er wolle nicht in einer Welt leben, in der es keine Privatsphäre mehr gebe und deshalb auch keinen Raum für intellektuelle Unabhängigkeit und Kreativität. Die Aussage geht weit über linksliberale und rechtslibertäre Paranoia hinaus. Sie betrifft das Wesen und Selbstverständnis der westlichen Demokratien.



Orwellscher Zweifel: amerikanischer Präsident Obama (1.), Justizminister Holder.